

Wir wollen die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen

dbb Jahrestagung 2019 in Köln –
NRW-Ministerpräsident Armin Laschet zu Gast

Die 60. Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes fand in der Zeit vom 6. Januar bis 8. Januar 2019 im Messezentrum in Köln statt. Auch der Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen, Armin Laschet, sprach zu den rund 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmern: „Im Wettbewerb um hoch qualifizierte Fachkräfte kann der öffentliche Dienst nur mithalten, wenn er auch gutes Einkommen bietet.“

„Wenn wir die besten Köpfe für den öffentlichen Dienst haben wollen – Experten, die beispielsweise die Daten der Bevölkerung verlässlich schützen und die Digitalisierung wirkungsvoll vorantreiben können – müssen wir bessere Voraussetzungen schaffen“, sagte **Armin Laschet**.

Roland Staude, Vorsitzender des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, zeigte sich am Rande der Tagung erfreut über die Aussage des Ministerpräsidenten: „Wir werden ihn bei der anstehenden Besoldungsrunde beim Wort nehmen.“

Der Ministerpräsident äußerte sich darüber hinaus auch zu der europaskeptischen bis europafeindlichen Meinungsmache im Vorfeld der im Mai anstehenden Europawahlen: „Wir dulden nicht, dass das Europäische Projekt, das unser Land über



Armin Laschet

70 Jahre vorangebracht hat, zerstört wird.“ ▶



Ulrich Silberbach, Armin Laschet und Roland Staude

© Urban (4)

3 Einkommensrunde 2019

Roland Staude zu den Forderungen des dbb



4 DBB NRW Abend

... mit Vertretern aus Politik und Verwaltung



6 Neues Polizeigesetz NRW

Fragen an Erich Rettinghaus, Vorsitzender der DPoIG NRW





Ulrich Silberbach

Schließlich bekannte sich Armin Laschet zum Berufsbeamtentum: „Das Selbstverständnis der Beamtenschaft ist eine der großen Stärken unseres Staates.“

Zum traditionellen politischen „Schlagabtausch“ über die aktuelle Lage im öffentlichen Dienst sprachen zunächst am Montagvormittag (7. Januar) neben dem dbb Bundesvorsitzenden **Ulrich Silberbach** der Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, **Stephan Mayer**.

„Wer die Bediensteten des Staates angreift, greift uns alle an“ sagte Ulrich Silberbach vor dem Hintergrund des jüngsten Vorfalls in Hamburg Barmbeck, wo Feuerwehrleute und Rettungskräfte durch Polizisten mit Maschinenpistolen zum Einsatz begleitet werden mussten, weil ein Mob mutmaßlich die Rettung eines niedergestochenen Mannes verhindern wollte.

Der Staat müsse wieder wahrhaftig und greifbar an der Seite seiner Bürgerinnen und Bürger

stehen, so der Bundesvorsitzende. Daher fordert der Deutsche Beamtenbund ein Sofortprogramm für einen starken und handlungsfähigen Staat.

Stephan Mayer rief den Teilnehmerinnen und Teilnehmern zu: „Deutschland geht nicht ohne Sie!“, und unterstrich die Kompetenz des öffentlichen Dienstes. Er sei der Garant für das Zusammenleben in Einigkeit und Recht und Freiheit in Deutschland.

Am Nachmittag sprach außerdem noch **Dr. Katarina Barley** MdB, Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, zum Thema „Demokratie in der digitalen Welt“. Dabei skizzierte sie die Möglichkeiten und Gefahren der Digitalisierung für die Gesellschaft.

Zum Abschluss beantwortete eine Expertenrunde Fragen aus dem Plenum zu aktuellen Themen des öffentlichen Dienstes. **Peter Biesenbach**, Justizminister des Landes Nordrhein-Westfalen, **Prof. Dr. Hans-Günter Henneke**, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistages, und **Prof. Dr. Matthias Pechstein** von der

Europa-Universität Viadrina stellten sich nach der krankheitsbedingten Absage von Bundestagspräsident **Wolfgang Schäuble** als Experten zur Verfügung.

100 Jahre Frauenwahlrecht – Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen im öffentlichen Dienst

Am Dienstag (8. Januar) fanden ein Vortrag und eine Diskussion zum Thema „100 Jahre Frauenwahlrecht – Entwicklungsmöglichkeiten von Frauen im öffentlichen Dienst“ mit **Prof. Dr. Gesine Schwan**, Präsidentin der Humboldt-Viadrina Governance Plattform, **Jasmin Arabian-Vogel**, Präsidentin des Verbandes deutscher Unternehmerinnen, **Prof. Dr. Ute Klammer**, Geschäftsführende Direktorin Institut Arbeit und Qualifikation und **Thomas Eigenthaler**, stellvertretender dbb Bundesvorsitzender, statt.

Die DBB Jahrestagung stand unter dem Motto: 100 Jahre Frauenwahlrecht – 70 Jahre Grundgesetz – 30 Jahre Friedliche Revolution: vereint in Einigkeit und Recht und Freiheit! ■



Jutta Endrusch, Andrea Sauer-Schnieber, Peter Biesenbach und Roland Staude (v. l.)

Anerkennung hat auch etwas mit der Bezahlung zu tun

Roland Staude zur Forderung des dbb zur Einkommensrunde 2019

6 Prozent mehr für die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, mindestens aber 200 Euro, damit hatte der deutsche beamtenbund und tarifunion (dbb) seine Forderungen für die Tarifrunde der Länder aufgestellt.

„Der öffentliche Dienst hat ein Attraktivitätsproblem! Es wird immer schwieriger, qualifizierte Fachkräfte zu finden und junge Menschen überhaupt noch für den öffentlichen Dienst zu begeistern“, erklärte **Roland Staude**, Vorsitzender des DBB NRW. Und die Situation werde sich auch nicht verbessern, solange sich an der Bezahlung nichts ändern. 6 Prozent Lohnzuwachs hält der Landesvorsitzende deswegen für eine angemessene Forderung, gerade auch mit Blick auf die steigenden Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen.

„Die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes leisten einen wichtigen Beitrag zur Funktionsfähigkeit des Staates und für das Gemeinwohl. Das sollten die Arbeitgeber endlich anerkennen, und Anerkennung hat eben auch etwas mit der Bezahlung zu tun“, so Roland Staude weiter.

Neben der Bezahlung seien aber auch weitere strukturelle Maßnahmen wichtig, um nachhaltig die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu steigern, das gelte für den Tarifbereich genauso wie auch für die Beamtinnen und Beamten. Für den Landesvorsitzenden ist es deswegen auch unerlässlich, dass das Tarifergebnis im Volumen zeitgleich und systemgerecht auf die Beamtinnen und Beamten sowie auch auf die Versorgungsempfängerinnen und -empfänger übertragen wird.

1. Verhandlungsrunde ohne Ergebnis

Ohne Ergebnis verlagt – das ist die Bilanz der 1. Verhandlungsrunde der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst der Länder (TdL) am 21. Januar 2019. „Gute Tarifpolitik kostet, schlechte kostet mehr“, sagte **Ulrich Silberbach** (dbb Bundesvorsitzender) nach dem Auftakt.



Die Verhandlungen sollte die TdL nicht durch falschen Ehrgeiz beim Sparen erschweren. **Volker Geyer**, (dbb Fachvorstand Tarifpolitik) machte mit Blick auf die kommenden Verhandlungsrunden deutlich: „Argumente und Klarheit in Potsdam werden wir genauso brauchen wie die

bundesweite Demonstration von Stärke und Geschlossenheit.“

Die nächste Termine sind:
6. bis 7. Februar 2019: Zweite Verhandlungsrunde, Potsdam;
28. Februar bis 2. März 2019: Dritte Verhandlungsrunde, Potsdam. ■

Die Kernforderungen im Einzelnen

- 6 Prozent mehr Einkommen, mindestens 200 Euro (Laufzeit: 12 Monate)
- Eine angemessene und zukunftsfähige Entgeltordnung für den TV-L
- Erhöhung der Pfl egetabelle um 300 Euro
- Ein Fahrplan für die Einführung der Paralleltabelle im Bereich der Lehrkräfte
- Stufengleiche Höhergruppierung
- Festbetrag für Auszubildende in Höhe von 100 Euro



Frank-Walter Steinmeier, Thomas Oppermann und Roland Staude (v. l.)

100 Jahre Deutscher Beamtenbund

Beim Festakt anlässlich des 100-jährigen Bestehens des Deutschen Beamtensbundes am 29. November 2018 nahm auch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier teil.



Roland Staupe (DBB NRW, Bildmitte) mit Ehrengästen und Vorstandsmitgliedern

© E. Fiegel (1,2)

Roland Staupe: Für unsere freiheitliche Demokratie und die Grundwerte unserer Verfassung täglich neu werben

DBB NRW Abend mit Vertreterinnen und Vertretern aus Politik und Verwaltung

Die Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt, Andrea Milz, den Staatssekretär des Ministeriums des Innern, Jürgen Mathies, den Staatssekretär des Ministeriums für Schule und Bildung, Mathias Richter, und den Staatssekretär des Ministeriums für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration, Andreas Bothe, konnte der DBB NRW Landesvorsitzende Roland Staupe neben zahlreichen anderen Gästen aus Politik, Verwaltung und den Fachgewerkschaften am Montagabend (9. Januar) beim NRW-Treff begrüßen.



Der DBB NRW Vorstand mit Staatssekretär Mathias Richter (Ministerium für Schule und Bildung NRW)



Jürgen Mathies (Staatssekretär im Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen) und Roland Staupe (DBB NRW)



Meinolf Guntermann (DBB NRW), Andrea Sauer-Schnieber (DBB NRW), MinDirig Jörg Hansen (FM) und Direktor Reinhard Buschkamp (LBV) (v. l.)



Andreas Hemsing (DBB NRW), Jörg Blöming (Sprecher Unterausschuss Personal; CDU), Jutta Endrusch (DBB NRW) und Roland Staupe (DBB NRW) (v. l.)

Der Vorsitzende des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen sprach in seinem Grußwort über das Grundgesetz, um das Deutschland in der ganzen Welt beneidet wird. Es sei eine verfassungsrechtliche Erfolgsgeschichte: Das Grundgesetz – obwohl zunächst nur als Provisorium konzipiert – sei inzwischen länger gültig als die Verfassung von Weimar und des Kaiserreichs zusammengenommen.

Roland Staupe erinnerte an die Ausrufung der Weimarer Republik (1918), an die Reichspogromnacht (1938) und an den Tag des Mauerfalls 1989. Diese Ereignisse hätten entscheidend dazu beigetragen, dass wir heute in einem freiheitlich demokratischen und sozialen Rechtsstaat leben dürften. „Dieser Staat ist aber vermehrt

Anfeindungen ausgesetzt. Das ist ein Alarmzeichen!“, so der DBB NRW Chef.

Er stelle mit Sorge fest, dass ein großer Teil der Bevölkerung in Deutschland der Demokratie mit einer gewissen Gleichgültigkeit gegenüberstehe; diese Entwicklung sei besorgniserregend. Staupe: „Deshalb ist es wichtig, dass für unsere freiheitliche Demokratie und die Grundwerte unserer Verfassung täglich neu gewonnen wird. Deshalb ist auch die Europawahl am 26. Mai 2019 für uns als Demokraten so wichtig.“

Das Treffen fand in diesem Jahr zum 13. Mal am Rande der DBB Jahrestagung statt und bot die Möglichkeit, ohne formales Protokoll ins Gespräch zu kommen und Erfahrungen und Meinungen auszutauschen. ■



Der DBB NRW Vorstand mit dem stellvertretenden CDU-Fraktionsvorsitzenden Dr. Marcus Optendrenk.



Verena Schäfer (Parlamentarische Geschäftsführerin Grüne NRW) und Roland Staupe (DBB NRW)



MR Peter Münch (FM), Christine Halstenberg-Bornhofen (Präsidentin der Landesjustizprüfungsamtes), Lee Hamacher (Abteilungsleiterin Z MKFFI) und Dr. Axel Emenet (Abteilungsleiter Z IM)



Elke Stirken, Mathia Arent-Krüger und Elke Janßen (DBB NRW) (v. l.)



Christian Dahm (stellvertretender Fraktionsvorsitzender der NRW-SPD Fraktion), Jutta Endrusch (DBB NRW) und Roland Staupe (DBB NRW) (v.l.)



Himmel Ertürk (vdla), Andrea Milz (Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt), Andreas Bothe (Staatssekretär im Ministerium für Kinder, Familie, Flüchtlinge und Integration NRW)



Roland Staupe (DBB NRW) begrüßt die Gäste beim NRW-Abend.

Die DPoIG NRW begrüßt das neue Polizeigesetz NRW

Fragen an Erich Rettinghaus,
Vorsitzender der DPoIG NRW

DBB NRW Magazin: Der nordrhein-westfälische Landtag hat noch im Dezember das neue Polizeigesetz verabschiedet. Was hat sich jetzt gegenüber den vorherigen gesetzlichen Regelungen aus Ihrer Sicht entschieden verbessert?

Erich Rettinghaus: Die Polizei erhält nun mit dem Sicherheitspaket 1 der Landesregierung dringende und seit vielen Jahren längst überfällige Ermächtigungen, um auf die veränderte Sicherheitslage angepasst reagieren zu können.

Viele nun mögliche Instrumentarien, wie die Telekommunikationsüberwachung zur Gefahrenabwehr, wird uns in der Praxis, zum Beispiel bei Entführungen, eine schnelle, zielführende und opferorientierte Hilfe sein.

Auch die strategische Fahnung rückt nun konkret in den Bereich terroristischer Straftaten und entspricht so dem Sinn der Stärkung der Sicherheit. Personen und Fahrzeuge können unter Vorlage der Voraussetzungen des neuen Polizeigesetzes angehalten und überprüft werden.

Gerade der jüngste Terroranschlag in Straßburg und die weiterhin hohe latente Anschlagsgefahr machen deutlich, wie wichtig entsprechende Sicherheitsgesetze und Eingriffsbefugnisse sind. Die Ingewahrsamnahme zur Gefahrenabwehr ist ein Meilenstein im Polizeigesetz, die Dauer von 14 Tagen mit der Option der Verlängerung um weitere 14 Tage – beides mit Richtervorbehalt – dabei völlig ausreichend.

Eine flexible Videobeobachtung wird ebenfalls für mehr

Sicherheit sorgen, Straftaten verhindern, eine schnellere Aufklärung ermöglichen und schließlich zu einer zeitnahen Ergreifung von Tätern führen.

Täterrechte hängen in unserem Land zu hoch, es wird Zeit, sich mehr um die Opfer von Straftaten zu kümmern und deren Rechte zu stärken. Dazu gehört, dass möglichst erst gar niemand Opfer von Straftaten wird. Das Polizeigesetz wird in Zusammenarbeit mit einer ausreichenden personellen und technischen Ausstattung der Polizei und allen Sicherheitsbehörden dazu beitragen.

DBB NRW Magazin: Bemerkenswert ist, dass ein Großteil der Opposition dem Gesetzentwurf der Regierung zugestimmt hat. In welchen Punkten ist die Landesregierung auf die Opposition zugegangen?

Erich Rettinghaus: Es ist nicht selbstverständlich, dass die Opposition – hier die SPD-Fraktion im Landtag NRW – dem Gesetzentwurf zugestimmt hat. Das ist ein klares und deutliches Zeichen, wie akribisch derzeit Innere Sicherheit betrachtet werden muss.

Es ist das Ergebnis einer parlamentarischen Willensbildung mit zahlreichen Anhörungen von Sachverständigen in den Ausschüssen des Landtags. Auch wir als DPoIG NRW waren als Sachverständige bei den Anhörungen geladen. Regierung und Opposition haben sich bei der vorübergehenden Festnahme zur Verhinderung bevorstehender Straftaten – dem Unterbindungsgewahrsam – darauf verständigt, dass dieser auf eine grundsätzliche Höchstdauer von 14 Tagen befristet ist. Eine richterliche Entscheidung ist obligatorisch.



Erich Rettinghaus bei einer Rede auf einer Demo.

Ebenso bei einer einmaligen Verlängerung um weitere 14 Tage.

Das kommt nur zur Verhinderung bei wirklich schweren Straftaten (Verbrechen) zum Tragen. Der/Die Betroffene erhält einen rechtsanwaltlichen Beistand. Bei Maßnahmen zur Telekommunikationsüberwachung wird die Vertraulichkeit des gesprochenen Wortes zum Beispiel bei Geistlichen, Ärzten oder Rechtsanwälten weiterhin geschützt.

Die Änderungen stellen einen gangbaren Kompromiss dar und vor allem wissen nun unsere Kolleginnen und Kollegen um den breiten Rückhalt des Landtags.

DBB NRW Magazin: Gleichwohl stellt das überarbeitete und jetzt verabschiedete Polizeigesetz Kritiker nicht zufrieden. Die Grünen sprechen gar von „tiefen Eingriffen in die Grundrechte“. Was sagen Sie den Kritikern?

Erich Rettinghaus: Die Grünen waren in der letzten Regierungsperiode der mehrheitsbeschaffende Hemmschuh einer darunter in der Sicherheitspolitik leidenden SPD-Geführten Regierung. Die Grünen haben so vieles, was bei der SPD mög-

lich gewesen wäre, blockiert, oder es wurde dem Konsens einer nötigen Rot/Grünen Mehrheit geopfert.

Insgesamt kann man sagen, dass „Grüne“ Innenpolitik den Menschen und dem Land, gerade in Zeiten einer latenten terroristischen Bedrohung, nicht gut tut. Bei der gesamten Sicherheitslage, einem getrübbten Sicherheitsempfinden des Einzelnen ist eher die Zeit für mehr Staat, nicht für weniger Staat.

Stattdessen wurde auf Druck der Grünen die umstrittene Kennzeichnungspflicht für unsere Bereitschaftspolizei, als eindeutiger Misstrauensbeweis gegenüber einer rechtsstaatlichen Polizei, eingeführt – um nur ein Beispiel zu nennen. Aber es sind nicht nur die Grünen, die das Gesetz beklagen. Oberste selbst ernannte Datenschutzler sehen die Grundfesten des freien Staates erschüttert. Dabei wollen die Menschen sicher leben und wenn dafür temporär Daten erhoben werden, deren Löschung und Verwendung klar gesetzlich geregelt sind und einem Richtervorbehalt unterliegen, wird das von der großen Mehrheit der Menschen akzeptiert.

Das neue Polizeigesetz in NRW hat bundesweit Vorbildcharakter und ist bereits ein moderater Kompromiss von vielen beteiligten Akteuren und nun eine Vorlage für den Bund und andere Länder. Uns als DPoIG war stets wichtig, dass wir ein Polizeigesetz erhalten, mit dem die Kolleginnen und Kollegen auch rechtssicher arbeiten können und welches im Einklang mit dem Datenschutz unter Wahrung der Verhältnismäßigkeit steht. Jetzt muss es sich in der Praxis bewähren.

DBB NRW Magazin: Vielen Dank für das Gespräch. ■



Mitglieder der Jahreshauptversammlung mit dem KV-Vorsitzenden Valentino Tagliaferro (7. v. l.) und Guido Arens (5. v. l.)

Jahreshauptversammlung des DBB Kreisverbandes Duisburg

Ungewöhnlicher Tagungsort – festes Schuhwerk erforderlich

Zur Jahreshauptversammlung des DBB Kreisverbandes Duisburg im November 2018 musste man stabile Schuhe und wetterfeste Kleidung anziehen. Die Veranstaltung fand nämlich im ehemaligen Meidericher Hüttenwerk statt, welches heute auch als Landschaftspark Duisburg Nord weit über die Grenzen Duisburgs bekannt ist.

Doch zunächst fand im ehemaligen Schalterraum des Hauptschaltheuses die ordentliche Jahreshauptversammlung statt. Unter der Leitung des Vorsitzenden **Valentino Tagliaferro** wurde die Tagesordnung zügig abgearbeitet.

Ein besonderer Höhepunkt war das Gastreferat des stellvertretenden Vorsitzenden des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen, **Guido Arens**, der einen Bericht über die aktuelle politische Lage in NRW gab und die besondere Rolle

des DBB NRW in Bezug auf Beratung und die eingeforderten Stellungnahmen zu politischen Entscheidungen hervorhob.

Nach Beendigung des offiziellen Teils sollte das feste Schuhwerk seine Arbeit aufnehmen. Ausgerüstet mit Stirnlampen, durften alle Interessierten an einer Nachtführung durch den Landschaftspark teilnehmen.

Unter sachkundiger Anleitung eines ehemaligen Hüttenwerkers wurden selbst die dunkelsten Ecken und Winkel von Hochofenstraße, Gießhalle, Torpedopfannenwagen und Co erleuchtet und zum lebendi-

gen Erlebnis. Ein besonderes Highlight war der Ausblick von der Aussichtsplattform des Hochofens 5. Aus 70 Meter Höhe und bei sternenklarem Himmel hatte man einen fantastischen Rundumblick über das dichtbesiedelte, hell erleuchtete Ruhrgebiet. Selbst der Rheinturm Düsseldorf schien nicht mehr so fern.

Nach der fast zweistündigen sachkundigen Führung endete der Abend im Restaurant Hauptschaltheus mit einem stimmungsvollen Abendessen und einem abschließenden Blick auf die imposante Kulisse des ehemaligen Hüttenwerkes. ■

DBB Kreisverband Unna: Vorstand wiedergewählt

Peter Brunn bleibt Vorsitzender für die kommenden fünf Jahre

Am 17. Januar 2019 fand die Jahreshauptversammlung des Gesamtvorstandes des DBB Kreisverbandes Unna in Lünen im „Brauhaus – Drei Linden“ statt. Unter der Leitung von **Wolfgang Römer**, stellvertretender DBB NRW Vorsitzender, wurden die Wahlen für die nächsten fünf Jahre durchgeführt.

Der bisherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Neu konnte der 1. Vorsitzende **Peter Brunn** als Beisitzerin **Eva-Constanze von Kannen** in der Vorstandsrunde willkommen heißen. **Bernd Schreiber** fehlte

aus gesundheitlichen Gründen, hatte seine Bereitschaft zur weiteren Mitarbeit aber zugesagt.

Der neu gewählte Vorstand freut sich auf die weitere Ar-



Obere Reihe von links: Dieter Kaiser (Kassenprüfer), Rolf Lippke (Kassierer), Armin Goretzki (Vorsitzender Komba OV Lünen), Eva-Constanze von Kannen (Beisitzerin), Klaus Wegner (Kassenprüfer)

Untere Reihe sitzend von links: Sigurd Senkel (2. Vorsitzender), Peter Brunn (1. Vorsitzender) und Wolfgang Römer (DBB NRW Landesvorstand)

Herausgeber: Deutscher Beamtenbund Nordrhein-Westfalen, Ernst-Groß-Straße 24, 40219 Düsseldorf. Roland Stauder (Vorsitzender). **Telefon:** 0211.491583-0. **Telefax:** 0211.491583-10. **E-Mail:** redaktion@DBB-nrw.de. **Internet:** www.DBB-nrw.de.
Chefredakteur: Joachim Klein (JK). **Redaktion:** Markus Klügel (MK)
Bildredaktion: Tanja Henze.
Redaktionsschluss: am 15. jeden Monats.
Hinweis: Die Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers dar.
Bezugsbedingungen: Die Zeitschrift erscheint zehnmal jährlich. Der Abonnementspreis für Nichtmitglieder des DBB beträgt jährlich 15,90 Euro zuzüglich Postgebühren, der Bezugspreis für das Einzelheft 2,00 Euro, Bezug durch die Post. Einzelstücke durch den Verlag. Für Mitglieder des Deutschen Philologenverbandes ist der Bezug im Mitgliedsbeitrag enthalten.
Verlag: DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.DBBVerlag.de. **E-Mail:** kontakt@DBBVerlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.
Herstellung: L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42-50, 47608 Geldern.
Anzeigen: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstr. 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **Telefax:** 02102.74023-99. **E-Mail:** mediacenter@DBBVerlag.de. **Anzeigenleitung:** Petra Opitz-Hannen, **Telefon:** 02102.74023-715. **Anzeigenverkauf:** Christiane Polk, **Telefon:** 02102.74023-714. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski, **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 41, gültig ab 1.10.2018.
Ständige Beilage: dbb magazin. ISSN 1438-2989

Postvertriebsstück G 6051 • Deutsche Post AG „Entgelt bezahlt“

beit und diskutierte mit **Wolfgang Römer** über die kommende Tarif- und Besoldungsrunde und welche Möglichkeiten der

Unterstützung gegeben werden können. Auch der DBB NRW Delegiertentag im Mai nahm einen breiten Raum ein.

Als Gast nahm der 1. Vorsitzende vom DBB Kreisverband Dortmund, **Frank Kalkau**, teil und unterstrich damit den

weiteren Willen zur gemeinsamen Zusammenarbeit zwischen den beiden Kreisverbänden. ■

Attraktiver öffentlicher Dienst, – da fehlt was!

Klausurtagung der dbb jugend nrw Landesjugendleitung in Köln

Um Schwerpunkte für die Arbeit im Jahr 2019 zu setzen und viele gute Ideen zu entwickeln, steckte die Landesjugendleitung der dbb jugend nrw bei ihrer traditionellen Klausurtagung für ein Wochenende die Köpfe zusammen.

LJA wird traditionell in Königswinter stattfinden und – so viel soll schon verraten werden – wird ganz schön (vor)weihnachtlich.



Die Landesjugendleitung der dbb jugend nrw bei ihrer Klausursitzung zu Jahresbeginn.

Es wurde gebrainstormt, diskutiert und viel geschafft. In gewohnter gewerkschaftlicher Manier legt die Jugendorganisation des Deutschen Beamtenbundes Nordrhein-Westfalen auch in diesem Jahr wieder den Finger in die Wunde und stellt 2019 unter das Motto „Attraktiver öffentlicher Dienst, – da fehlt was!“. Es wurde beraten, welche Aktionen hierzu im Jahresverlauf gestartet werden, denn es gibt viel zu tun!

Auch die Sicherheit am Arbeitsplatz beeinflusst natürlich die Attraktivität einer Stelle. Wer will schon einen Arbeitsplatz, an dem er Beleidigungen oder gar körperliche Übergriffe fürchten muss. Attraktivität und die Kampagne gegen Gewalt, die die dbb jugend nrw seit einigen Jahren mit großem Erfolg vorantreibt, passen also gut zusammen. Um erreichte Verbesserungen, aber auch verbliebene Herausforderungen zu diskutieren,

wird es auch in diesem Jahr am 11. Mai eine Sicherheitskonferenz geben. Es ist ein spannender Gast eingeladen und wie gewohnt gibt es viel Raum zum Austausch.

Der Frühjahrs-LJA steht ganz im Zeichen Europas. Die dbb jugend nrw tagt nicht nur in einem Nachbarland, sondern hat auch internationale Gäste geladen sowie eine Politikerin aus dem Europäischen Parlament. Der diesjährige Herbst-

Zum ersten Mal veranstaltet die dbb jugend nrw in diesem Jahr eine Bildungskonferenz, bei der sowohl Vertreter(innen) der Politik als auch Mitglieder zu Wort kommen, um bedarfsorientiert Themen abzustecken, an denen gewerkschaftlich weitergearbeitet wird. Denn nur wenn die Herausforderungen auch bewältigt werden, bleibt der Lehrerberuf attraktiv.

Nach dem erfolgreichen B2Run im vergangenen Jahr hat sich die Landesjugendleitung etwas ähnliches auch für dieses Jahr ausgedacht. Was genau das ist, bleibt vorerst geheim. Auch darüber hinaus wird es noch weitere Leckerbissen geben. Genauere Infos dazu werden nach und nach geleakt! **MK**